



Wuppertal Institut
für Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Kurt Berlo, Oliver Wagner

Gründung von Stadtwerken: Motor einer Neuausrichtung der Energieversorgung

Ursprünglich veröffentlicht als:

Kurt Berlo, Oliver Wagner (2013):

Gründung von Stadtwerken: Motor einer Neuausrichtung der Energieversorgung

In: Die kommunale Zeitung, 10 (2013), 6, S. 7

Gründung von Stadtwerken: Motor einer Neuausrichtung der Energieversorgung

von Dr. Kurt Berlo und Oliver Wagner, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie



Die Energielandschaft in Deutschland ist derzeit von einer Stadtwerke-Gründungswelle gekennzeichnet, insgesamt gab es in den letzten Jahren rund 70 Neugründungen von Stadt- und Gemeindewerken im Strombereich, davon allein 14 in Nordrhein-Westfalen. In einer Studie des Wuppertal Instituts wurde nun festgestellt, dass die wichtigsten Ziele, die mit Rekommunalisierungen verbunden werden, auch erreichbar sind.



Das Ergebnis der Wuppertaler Sondierungsstudie ist uneingeschränkt positiv. Zehn wichtige Ziele neu gegründeter Stadtwerke wurden vom Wuppertal-Institut definiert. Dazu gehören: Gestaltung der Energiewende vor Ort, Verbesserung der lokalen Wertschöpfung, Demokratisierung der Energieversorgung, Realisierung von Bürgernähe oder Verbesserung der Einnahmesituation der Kommune. Sowohl die Untersuchungen des Wuppertal Instituts als auch die für die Studie eingeholte Einschätzung von weiteren Experten aus Wissenschaft und Praxis kommen zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit, diese Ziele zu erreichen, hoch bis sehr hoch ist. Neugründungen von Stadtwerken sind deshalb als „sehr sinnvoll“ zu beurteilen, so das Fazit der Studie.

Städte und Gemeinden sind künftig mehr denn je Schlüsselakteure der Energiewende. Mit eigenen Stadtwerken können sich die Kommunen einen großen Handlungsspielraum schaffen, den umwelt- und klimafreundlichen Umbau der örtlichen Energieversorgung voranzubringen. Die von manchen Kritikern bezweifelte Sinnhaftigkeit einer verstärkten Rekommunalisierung konnte mit dieser Studie ausgedrückt werden. Die Risiken sind gering oder zumindest beherrschbar und die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern ist im Regelfall gegeben. Dies belegt beispielsweise auch das Ergebnis des kürzlich stattgefundenen Volksentscheides in Hamburg. In der Praxis konnte gezeigt werden, dass das Risiko einer mangelnden Beherrschung der energiewirtschaftlichen Prozesse sowie der

geringe Handlungsspielraum bei der Beschaffung durch Kooperationen mit benachbarten Stadtwerken kompensiert werden kann.

Ein Risiko besteht allerdings dann, wenn sich die Unternehmen an konventionellen Großkraftwerken beteiligen. Das „Gekko“-Projekt unter Leitung der RWE Power AG beispielsweise zeigt, welche Folgen risikoreiches Handeln von Stadtwerken haben kann. Hier hatten sich 25 Stadtwerke finanziell am Bau eines Kohlekraftwerks in Hamm beteiligt und entsprechende Kraftwerkscheiben erworben. Doch beim Bau kam es zu erheblichen Verzögerungen und auch im Betrieb werden die einst erhofften Erlöse nicht zu realisieren sein. Auch beim Trianel-Kohlekraftwerksprojekt Lünen haben die beteiligten Stadtwerke teilweise er-

hebliche Risiken übernommen, in deren Folge erhebliche Erlösausfälle von den beteiligten Stadtwerken zu tragen sind.

Neu gegründeten Stadtwerken wird daher empfohlen, Unternehmensstrategien zu entwickeln, bei denen sie ihre eigenen Stärken, die sich aus der besonderen Bürgernähe und den örtlichen Führungsvorteilen ergeben, besonders gut nutzen können.

Denn gerade bei der Erschließung der örtlichen Effizienzpotenziale im Strom- und Wärmebereich durch entsprechende Dienstleistungen für Haushalte und Unternehmen, der Nutzung erneuerbarer Energien im Gemeindegebiet und dem Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung liegen wirtschaftlich interessante Geschäftsfelder für neue Stadtwerke. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber etablierten Versorgern zeigt sich vor

allem im Qualitätswettbewerb. Hier sollten Stadtwerke nicht versuchen, in einen Preiswettkampf zu treten, sondern sich durch Ausnutzung ihrer Wettbewerbsvorteile positiv zu unterscheiden. Die in der Studie dargestellten Beispiele belegen, dass mit einer solchen Strategie neue Kunden, denen auch „Lokalkolorit“ wichtig ist, überzeugt werden können.

Darüber hinaus werden in der Studie die rechtlichen Rahmenbedingungen von Konzessionsvergabeverfahren beleuchtet, Hinweise für rechtssichere Vergabeverfahren gegeben, die Bestimmungen der Ländergemeindeordnungen zur wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden miteinander verglichen und die Praktiken der Altkonzessionsverträge beim Auslaufen von Konzessionsverträgen dargestellt. Dabei werden für die kommunalpolitische Praxis zahlreiche Handlungsempfehlungen formuliert.

Die Sondierungs-Studie des Wuppertal Instituts ist eine nützliche Handreichung und Hilfestellung für politische Entscheidungsträger, vor allem aus dem kommunalen Bereich. Sie kann bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit des Wuppertal Instituts, Döppersberg 19, 42103 Wuppertal bestellt oder kostenlos mit dem QR-Code heruntergeladen werden:

